

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 1 (1800)

Rubrik: Gesetzgebung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neues republikanisches Blatt.

Herausgegeben vom Escher und Usteri.

Band I.

N. LXXXII.

Bern, 26. Februar 1800. (7. Ventose VIII.)

Gesetzgebung.

Grosser Rath den 14. Hornung.

Präsident Carrard.

Die Antheilhaber der Gemeindgüter von Rüschwil beschwerten sich über die Anwendung des Gesetzes über das gezwungene Anleihen auf diesen Theil ihres Eigenthums.

Schlumpf findet nicht, daß diese Güter im Fall jenes Gesetzes seyen, zumal dieselben zwar ungetheilt besessen, die Rechte darauf aber dessen ungeachtet Privateigenthum seyen. Er begehrt die Rückweisung an die Vollziehungscommission.

Rüchmann ist Schlumpfs Meinung, begehrt aber Rückweisung an eine besondere Commission.

Ruhn bemerkt, daß er vor einiger Zeit über diesen Gegenstand einen Gesetzborschlag vor den grossen Rath gebracht habe, der diese Art von Gütern aus den angeführten Gründen von dem gezwungenen Darlehen auszunehmen versucht habe. Der große Rath sey aber darüber zur Tagesordnung geschritten, weil man damals allgemein geglaubt habe, dergleichen Güter sollen nicht ausgenommen seyn. Die Commission wird erkannt, und in dieselbe ernannt: Schlumpf, Gysendörfer, Fierz, Rüchmann und Bourgeois.

Die Fortsetzung des Gutachtens über Forstfrevel wird in Berathung genommen. (S. N. 76.) Die Commission legt statt des ihr zurückgewiesenen §. 14. folgenden neuen §. vor, der ohne Einwendung angenommen wird.

Wer in eines andern Waldung neue Wege macht oder von den vorhandenen Wegen abfährt, oder neue Holzschleifen errichtet, soll nebst dem Schadenersatz noch eine Buße bezahlen, die dem Werth des verursachten Schadens gleich ist; kann er aber durch das Zeugniß des Bauwarthen oder zweier andern unpartheiischen Bürger beweisen, daß er hierzu durch unausweichliche Umstände gezwungen wurde, so ist er nur den Schadenersatz an den Eigenthümer schuldig.

§. 15. Thorin stimmt zum §., doch wünscht er, daß überhaupt auch anderer Schaden, der im Fällen des Holzes geschehen kann, in die letzte Abtheilung dieses §. mitbegriffen werde.

Deslôes glaubt, dieser Beisatz sey überflüssig, und der §. deutlicher ohne denselben, indem sich der Grundsatz wovon Thorin spricht, von selbst versteht. Der §. wird ohne Abänderung angenommen.

§. 16. Deslôes. Da derjenige, welcher eine Waldung anzündet, sehr leicht im Fall seyn kann, den Schaden nicht zu ersetzen, so sollte in einem Beisatz §. noch auf diesen Fall eine weit stärkere Strafe verordnet werden, er fordert also hierüber einen Beisatz von der Commission.

Escher. Diesem §. zufolge soll der der einen Wald entzündet, den Schaden vergüten, kann er dieses nicht aus Mangel an Vermögen, so wird er alles Seinigen beraubt und fallit; da nicht die Stärke des Brandes sondern die Vernachlässigung des Feuers strafbar ist, so kann zu dieser schuldigen Vergütung keine weitere Strafe beigefügt werden als diejenige, welche der §. schon gegen Feuervernachlässigung enthält, ich fodere also Tagesordnung über Deslôes Beisatz.

Broye wünscht nähere Bestimmung, von welcher Behörde die Erlaubniß müsse erhalten werden, um Koblmeiler anzulegen, indem diese Unbestimmtheit Verwirrung veranlassen könnte.

Thorin will, daß kein Koblhausen angezündet werden dürfe, ehe die Municipalität des Bezirks die Erlaubniß dazu erteilt hat.

Secretan unterstützt Thorins letztern Wunsch, und will überhaupt, daß von der Municipalität oder besser von dem Eigenthümer oder demjenigen Forstaufseher der ihn vorstellt, die Erlaubniß erhalten werden müsse.

Ruhn will den Bauwarth hierzu bestimmen.

Secretan beharrt, weil die Bauwarthen leicht für einen Krug Wein eine solche Erlaubniß erteilen werden.

Marcacci will die Vorsicht nicht zu weit treiben, und glaubt zur Anlegung eines Koblhausens

müsse zum voraus laut dem §. die Erlaubniß sowohl vom Eigenthümer als auch vom Bauwarth vorhanden seyn.

Bourgeois stimmt bestimmt Thorin bey.

Beutler ist gleicher Meinung.

Deslöes unterstützt auch dringend Thorin.

Escher. In einigen Gegenden, wo die Municipalitäten nicht so vervielfältigt sind wie im Leman, wäre Thorins Wunsch unanwendbar, weil in den Thälern von Waldstätten, Linth, Sentis, Bellinzona, Oberland und Wallis die Municipalitäten oft um eines Kohlhauens wegen eine Tagreise machen mußten, um die Ortschaften vornehmen zu können, welche überdem oft nicht sehr geschickt ausfallen möchte; laßt uns also doch alle diese eben so überspannten als unnützen Forderungen beiseite setzen, und wenn man den §. nicht deutlich genug findet, in demselben bestimmen, daß in Anlegung eines Kohlmeilers die Erlaubniß des Eigenthümers der Waldung, und die Anweisung des Platzes durch den Bauwarthen erforderlich seyn. Dieser letzte Antrag wird angenommen.

§. 17. Legler. Dieser §. ist nicht überall anwendbar, denn in den dergleichen Gegenden ist es oft unmöglich sein eigen Holz zu fällen, ohne anderes benachbartes Holz vorher wegzuschaffen, und dieses muß also unter der Bedingung erlaubt werden, daß man dem Eigenthümer dieses Holzes sogleich hiervon benachrichtige.

Rilchmann stimmt zum §.

Deslöes vertheidigt den §. als unentbehrlich nothwendig, weil unter dem von Leglern berührten Vorwand kein Holzeigenthum mehr sicher wäre.

Fierz ist Leglers Meinung, und glaubt, die Vertheidiger des §. haben noch wenig selbst Holz gefällt, besonders nicht in den Gebirgen, sonst würden sie nicht einen so strengen und ungerechten §. vertheidigen.

Legler beharrt, weil in den Hochgebirgen es unmöglich ist das Holz so zu fällen, wie es die größte Schonung für das nachbarliche Holz erfordern möchte. Desch stimmt Leglern und Fierz bei.

Deslöes beharrt auf dem §, weil er nicht von Holz spricht, welches aus Zufall umgeschlagen wird, sondern bestimmt nur von demjenigen, welches absichtlich gefällt wird.

Escher glaubt selbst, der § könne ohne eine etwelche Abfassungsverbesserung nicht allgemein anwendbar seyn; um die Sache näher untersuchen zu können, fodert er Rückweisung desselben an die Commission. Der § wird der Commission zurückgewiesen.

§ 18. Fierz findet auch diesen § nicht allgemein anwendbar, weil das Vieh oft ohne Absicht des Eigenthümers desselben solche Einzäunungen überschreitet.

Die weitere Berathung wird vertaget.

Der Vollz. Ausschuss überendet folgende Botschaft:
Der Vollz. Ausschuss an die gesetzgebenden Räte.
Bürger Gesetzgeber!

Der B. Hartmann, gewesenes Mitglied des gesetzgebenden Corps, hat den Vollziehungsausschuss ersucht, Sie dahin zu bewegen, daß Sie sich über seine Reklamationen, in Betreff der von dem obersten Gerichtshof gegen ihn ausgefallten Sentenz, zu beschäftigen belieben mögen. Der Vollziehungsausschuss glaubte nicht, ihm dieses Ansuchen verweigern zu müssen. Er ladet Sie also ein, B.B. Gesetzgeber, über diesen Gegenstand in Berathschlagung zu treten, über den Ihnen das gewesene Directorium unterm 2. Nov. bereits eine Botschaft zugesandt hat.

Gruß und Hochachtung!

Folgen die Unterschriften.

(Die Fortsetzung folgt.)

Bericht der Commission über die Amnestie,
dem großen Rathe vorgelegt den 12.
Februar, von Huber.

(Beschluß.)

In den Vorschlägen über die Abtragung von Empörungskosten werdet Ihr sehen, daß Nothwendigkeit, Gerechtigkeit und Billigkeit Euerer Commission sie eingegeben haben. Betragen müssen sie werden, vom Staat oder von den Empörten. Wo es diese im Stand sind, sollen es diese leisten, aber mit der genauesten und billigsten Vertheilung. Es herrschen auch hier die bedauerungswürdigsten Anomalien und Ungleichheiten. In dem jetzigen Zustand würden allgemeine Gesetze dieselben eher vergrößern, als ausgleichen, und nur die Weisheit der vollziehenden Gewalt, welcher alle besondere Umstände bekannt sind, kann dieser Verwirrung auf eine billige Weise ein Ende machen.

Der 19. Artikel bestätigt die Rechte der einzelnen Bürger, die keine Macht ihnen mit Befugniß nehmen kann, weil die Begünstigung oder Begnadigung, die ein Theil dem andern zugestehet, niemals mit Recht zum Nachtheil des dritten geschehen kann, vielweniger also zur Verkürzung des Staates, dem die unveräußerlichen Rechte aller Bürger insgesammt zukommen.

Wer wird beim 20. Artikel nicht einsehen, wie wichtig es für den Staat sei, seine Beamteten insbesondere zu schützen; da es seine Pflicht ist, indem sie seinetwegen gelitten haben; da es sein Vortheil erheischt, damit sie für die Zukunft nicht nutzlos werden. In ihren Personen sind nicht sie, sondern der Staat eigentlich selbst beleidigt worden, es ist also billig, daß er für sie gegen die Freyer Gerechtigkeit erhalte.